

Abschied von der liberalen Wirtschafts- und Politikordnung?

„Manchem scheint nicht bewusst zu

Zölle, die Subventionierung einzelner Wirtschaftszweige und Exportverbote waren lange verpönt. Jetzt gehören sie wieder zum Werkzeugkasten der Politik. Währenddessen gewinnen Populisten in der westlichen Welt an Zulauf. Steht die alte liberale Wirtschafts- und Politikordnung vor dem Kollaps? Die Ökonomen Oliver Landmann und Lars Feld warnen zwar vor Vergleichen mit den Jahren nach der Weltwirtschaftskrise 1929. Sie sprechen aber beide im BZ-Interview von einer schwierigen Zeit.



Die Schuldenbremse ist unter Ökonomen umstritten.

FOTO: BORIS ZERWANN (DPA)

Ein Abgesang auf Deutschland und Europa? Lars Feld und Oliver Landmann wollen darin nicht einstimmen. Technologisch könne der alte Kontinent durchaus mit den USA und China mithalten. Allerdings gebe es Verbesserungsbedarf. So müssten junge Unternehmen leichter an Kapital kommen. Und während Lars Feld die Schuldenbremse weiter verteidigt, ist sich Oliver Landmann sicher, dass sie spätestens nach der nächsten Bundestagswahl reformiert wird.

Haben Sie Ihren Küchenschrank voller Antidepressiva? Der von Ökonomen geschätzte und wohlfahrtssteigernde Freihandel ist auf dem Rückzug. Stattdessen werden Zölle erhöht. Steht die liberale, globale Wirtschaftsordnung vor dem Zusammenbruch?

Landmann: Antidepressiva verhindern keinen Kollaps der Weltwirtschaft. Ich würde auch nicht von einem drohenden Zusammenbruch sprechen, aber die Weltwirtschaft durchlebt eine schwierige Zeit. Das Verständnis für die Regeln, die sie bislang gestützt haben, bröckelt. Und manchem scheint nicht bewusst zu sein, wie viel da auf dem Spiel steht. Ökonomen sollten deshalb keine Antidepressiva schlucken, sondern immer wieder deutlich machen, wie stark der Freihandel seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs weltweit den Wohlstand gemehrt hat. Die erfolgreiche Entwicklung Westeuropas und Japans, der Aufstieg von Schwellenländern wie Südkorea, aber auch der enorme Rückgang der Armut in China hängen alle damit zusammen.

Feld: Ich trinke als Stimmungsaufheller lieber einen Spätburgunder vom Kaiserstuhl, als Antidepressiva zu nehmen (lächelt). Ich stimme Oliver Landmann zu. Die Globalisierung mit ihren Markteröffnungen war eine gigantische Wohlstandsmaschine, von der bis auf die meisten Länder Afrikas alle profitiert haben. Die jüngste Entwicklung zeigt aber, dass von einem Primat der Wirtschaft, bei der die multinationalen Konzerne mit ihren Interessen alles dominie-

ren, keine Rede sein kann. Die Politik setzt die internationalen Rahmenbedingungen. Sie wird derzeit von den Expansionsbestrebungen autoritärer Staaten wie China und Russland bestimmt. Diese aggressive, geostrategische Ausrichtung ist derzeit die größte Bedrohung für Frieden und Wohlstand und der größte Unterschied zu jener Gemütlichkeit, in der sich insbesondere die Deutschen seit dem Fall des Eisernen Vorhangs Anfang der 1990er Jahre eingerichtet haben.

Europäer und Amerikaner werfen den Chinesen vor, nicht fair zu spielen. Sie würden Industriezweige wie die E-Auto-Produktion massiv subventionieren, Überkapazitäten im eigenen Land aufbauen und ausländische Märkte mit den überzähligen Produkten überschwemmen. Trägt diese Argumentation? Was tut man mit einem Spieler, der sich nicht an die Regeln hält?

Feld: So richtig fair spielt keiner der großen Mächte. Auch die Bundesregierung, die EU und die USA subventionieren Wirtschaftszweige. In der Tat unterstützt China die eigenen Unternehmen massiv mit staatlichen Mitteln. Dagegen kann man gemäß den Regeln der Welthandelsorganisation WTO Ausgleichszölle verhängen. Dies tut die EU auch, während die USA ja zu regelrechten Strafzöllen greifen. Allerdings hat die WTO viel von ihrer Regulierungskraft verloren. Sie kann nicht mehr so gut Konflikte schlichten wie in der Vergangenheit.

Landmann: Soll man Gleiches stets mit Gleichem vergelten? Unfairer mit Unfairer? Das ist nicht immer der klügste Weg. Der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman meinte, wenn ausländische Steuerzahler so freundlich sind, unseren Konsum ihrer Exportgüter zu subventionieren, dann sollten wir uns hierzulande nicht aufregen, sondern eher danke sagen. So weit würde ich nicht gehen. Aber es ist schon so, dass sich die USA mit ihrer rabiaten Strategie der Strafzölle und Investitionsverbote gegen China ins eigene Fleisch schneiden. Sie erlauben es

so ihren Autobauern, es sich in einem geschützten Gärtchen hinter dicken Mauern bequem machen. Die Ausschaltung des Wettbewerbs verlangsamt den technischen Fortschritt, beeinträchtigt den Klimaschutz und begünstigt überhöhte Preise zum Scha-

pfung Gas gespart. Andere Anbieter haben ihre Gaslieferungen erhöht. So funktionieren Märkte. Schlecht ist nur, wenn man sagt, man sei bereit, jeden Preis für Gas zu bezahlen, wie das wohl Vertreter der Bundesregierung getan haben.



Oliver Landmann

FOTO: ANDREA SCHIFFNER

den der Verbraucher. Die EU ergreift zwar auch Abwehrmaßnahmen, geht aber einen moderateren Weg und bewegt sich innerhalb des Regelwerks der WTO.

Sind Europäer und Amerikaner nicht schon zu stark abhängig von China? Zum Teil kommen mehr als 90 Prozent der Teile für Erneuerbare-Energien-Anlagen aus Fernost.

Feld: Gerade die Solartechnik ist ein Beispiel dafür, dass man Produktionsanlagen, Module und Teile gut außerhalb von China beziehen kann. Die gleiche Logik gilt im Prinzip für Seltene Erden, die wir derzeit noch im großen Umfang aus China beziehen. Verhängt China Ausfuhrrestriktionen, wird der Anreiz in anderen Ländern größer, die Rohstoffe dort abzubauen. Die Forderung, wir müssten die Herstellung von Solarmodulen nach Deutschland zurückholen, ist überzogen. Ingenieure handeln hierzulande in solchen Zusammenhängen gerne wie Lobbyisten – gemäß der Devise: Was ich toll finde, muss der Staat finanziell unterstützen.

Die Abhängigkeit vom russischen Gas hat dem Westen nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine doch einen Schock versetzt.

Feld: Es hat aber nicht wie in der politischen Diskussion befürchtet, an Gas gemangelt, und die Preise sind nach einer gewissen Zeit wieder zurückgegangen. Man hat wegen der anfangs starken Vertreue-

Es gibt Stimmen, die sagen, Europa habe den Zenit überschritten. Ökonomisch werde Europa bedeutungsloser. Verfügt Europa nicht über genügend Innovationskraft, um mit China und den USA mithalten?

Landmann: Ich würde davor warnen, die Weltwirtschaft als sportlichen Wettbewerb zu betrachten, in dem es darum geht, den anderen zu übertrumpfen. Es geht nicht darum, unbedingt schneller zu wachsen als ein anderes Land, sondern darum, die Grundlagen des eigenen Wohlstandes zu erhalten und weiterzuentwickeln. Wenn man sieht, dass andere produktiver sind, Ressourcen effizienter einsetzen, sollte man deren Beispiel im Sinne einer Best Practice folgen. Ein Beispiel dafür ist die Organisation des Kapitalmarkts in den USA. Start-ups kommen dort leichter an Geld. Viele von ihnen mögen auch dort scheitern, aber die Häufung globaler Marktführer der Tech-Branche in den USA ist eben kein Zufall.

Feld: Die Europäer und die Deutschen sind nicht technologisch abgehängt. Nach wie vor stammen sehr viele Patente aus Europa. Man schafft es aber nicht, die neuen Technologien so erfolgreich an den Markt zu bringen wie die Amerikaner. So sind wir derzeit in Sachen Künstlicher Intelligenz beim Forschungsstand nahezu gleichauf mit den Amerikanern. Ich bin mir aber sicher, dass US-Unternehmen mehr Kapital aus diesem Ansatz schlagen werden als die Europäer. Anstatt sich Gedanken über eine möglichst rasche Anwendung zu machen, wird in Europa vor allem über die Regulierung der KI geredet. Dazu kommen Standortnachteile wie vergleichsweise hohe Energie- und Arbeitskosten und eine starke Steuerbelastung.

Echter Fortschritt kommt nur, wenn Deutschland auf die EU setzt.



Keine Einbahnstraße

Globalisierung ist keine Einbahnstraße. Das hat der an der US-Eliteuni Princeton lehrende Wissenschaftler Harold James gezeigt. Auf Phasen zunehmender ökonomischer Vernetzung können auch Perioden folgen, in denen sich Staaten wieder stärker abschotten. So schreibt der Wirtschaftshistoriker vom 19. Jahrhundert als universalem Zeitalter, in dem aufgrund des technischen Fortschritts Kapital, Informationen, Güter und Menschen mobiler wurden. So sorgte zum Beispiel die Eisenbahn für einen einfacheren Transport. Es gab große Wanderungsbewegungen:

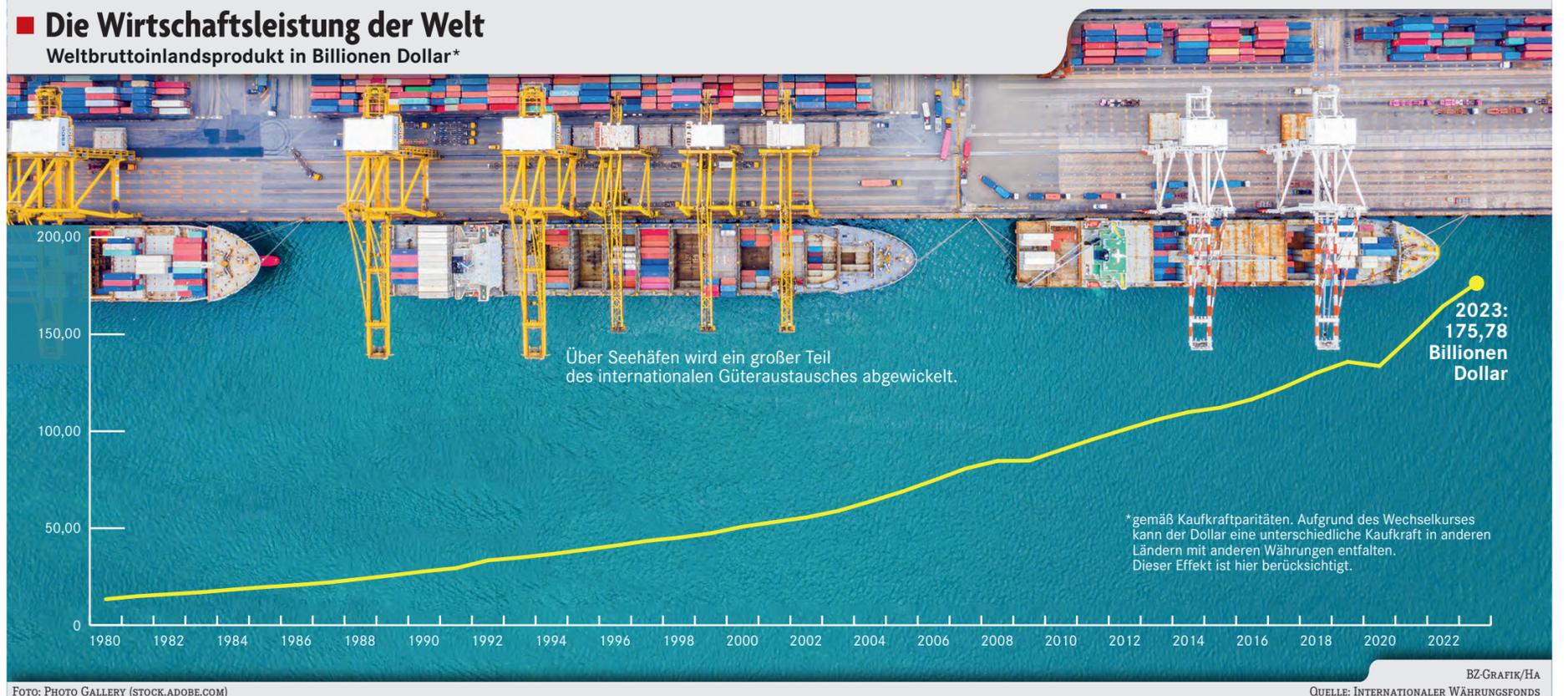
Allein zwischen 1871 und 1915 verließen 36 Millionen Menschen Europa. Kapital floss relativ ungehindert zwischen den Staaten. Vor allem in den 30-er Jahren erlebte nach Meinung von James die „Welt dann einen Rückfall in ökonomischen Nationalismus und Protektionismus“. Hintergrund seien die Verwerfungen durch die Weltwirtschaftskrise gewesen, die einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit mit sich brachte. So versuchte man, die Produktion im eigenen Land zu stärken und Importe zu verringern. Zölle wurden erhöht.

bkr

Oliver Landmann

Der Volkswirt (Jahrgang 1952) hatte von 1987 bis 2020 den Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie an der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität inne. Zu den Forschungsschwerpunkten des Wissenschaftlers zählen die Makroökonomie und internationale Währungsfragen. Promoviert und habilitiert hat der Schweizer an der Universität in Basel. Als Postdoc war er an der US-Eliteuni Stanford in Kalifornien. 1986 arbeitete Landmann in der Forschungsabteilung der Schweizer Nationalbank in Zürich.

sein, wie viel auf dem Spiel steht“



►►► **Feld:** Wir müssen auch auf uns selbst schauen, weil nicht alles auf europäischer Ebene geregelt werden kann. Floriert die Bundesrepublik, hilft das vielen europäischen Partnern. Bei solch einer Aussage wie der von Ihnen schwingt stets eine

Verteidigung Europas in dem Maße zu tragen wie bisher. Europa muss sicherheitspolitisch eigenständiger werden. Und das wird mit nationalen Ego-Trips nicht funktionieren, sondern nur gemeinsam.

Erinnert Sie die Gegenwart nicht an die 1930er Jahre, als sich die Staaten im Angesicht der Weltwirtschaftskrise mit Zöllen überzogen und Extremisten an Zulauf gewannen?

Landmann: Man entdeckt stets Parallelen zur Geschichte. Aber die Unterschiede zwischen den 30-er Jahren und heute sind doch deutlich größer als die Gemeinsamkeiten. Wir haben keine Wirtschaftskrise wie damals, sondern wir haben nacheinander eine Finanzkrise und eine Pandemie wirtschaftspolitisch recht gut gemeistert. Auch ist die mentale Verfassung in Deutschland heute eine ganz andere als nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg, als die Demokratie noch überhaupt nicht gefestigt war. Und doch: Dass die Werte der liberalen Demokratie heute wieder vermehrt in Frage gestellt werden, bereitet Sorge.

Feld: Man kann hinsichtlich Protektionismus kaum Parallelen zwischen den 1930-er Jahren und heute ziehen. Der Erste Weltkrieg hatte bereits die erste Phase der Globalisierung abgewürgt und lange vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 war die Weltwirtschaft von Protektionismus geprägt. Vor allem war das Ausmaß der Arbeitslosigkeit nach 1929 deutlich höher als heute.

Welche Wirtschaftspolitik ist nötig, um gegen die Populisten anzugehen? Macron ist mit seinem Ansatz gescheitert. Obwohl die Wirtschaft an Kraft gewinnt, haben extreme Rechte und Linke mehr Zuspruch.

Feld: Die Zuwächse bei rechtspopulistischen Parteien hängen in ganz Europa vor allem mit dem Thema Migration zusammen. Ich bin ein liberaler Ökonom und ich weiß, wie wichtig Migration angesichts des demographischen Wandels für das wirtschaftliche Wohlergehen Europas und Deutschlands ist. So wünsche ich mir mehr qualifizierte Zuwanderung, bin mir aber bewusst, dass Zuwanderung den rechten Rand stärkt. Was die Ablehnung der Zuwanderung angeht, sind sich extreme Rechte und Linke übrigens ähnlich. Liberale wirtschaftspolitische Reformen, wie die Erhöhung des Renteneintrittsalters in Frankreich, wirken leider erst mit einem gewissen Zeitverzug positiv. Sie bereiten zuerst einmal Schmerzen. Sie helfen erst dann so richtig, wenn die Wahlen längst vorbei sind. Das hat schon der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder mit seinen Hartz-IV-Reformen erfahren müssen.

Landmann: Der Rechtspopulismus ist ja bezeichnenderweise auch dort stark, wo wenige Migranten leben. An der unmittelbaren Betroffenheit allein liegt es offenbar nicht. Es ist auch ein Gefühl des Kontrollverlustes, das den Rechten Stimmen bringt.

Man glaubt nicht mehr Herr darüber zu sein, wer ins Land kommt, und wer nicht. Einen fruchtbaren Nährboden für populistischen Protest bilden Bevölkerungsgruppen, die sich abgehängt und unverstanden fühlen. Man sieht das nicht nur bei uns in Deutschland, sondern auch im Norden Englands, in den Kernlanden der USA und am Protest der Gelbwesten in Frankreich. Die Bewegung der Gelbwesten begann in den ländlichen Regionen als Protest gegen die Erhöhung der Treibstoffsteuern durch Präsident Macron. Was als Beitrag zum Klimaschutz gedacht war, hat vor allem die Landbevölkerung getrof-

fen, die auf Motorfahrzeuge in besonderem Maße angewiesen ist. Wenn man in der Klimapolitik die Verteilungswirkungen nicht sorgsam beachtet, geht der Rückhalt der Bevölkerung sehr schnell verloren.

Die Rufe nach einem Ende der Schuldenbremse sind laut. Muss sich die Bundesrepublik nicht von der Schuldenbremse verabschieden, wenn man die Energiewende und eine gute Landesverteidigung finanzieren will?

Feld: Nein, keinesfalls. Die Schuldenbremse beschränkt nicht das, was sie gemäß ihren Gegnern angeblich verhindert – weder Investitionen, noch den Klimaschutz oder die Landesverteidigung. Wenn wir Probleme mit den öffentlichen Investitionen oder mit der Landesverteidigung haben, dann hat die Schuldenbremse damit sehr wenig zu tun. Erhöhte Ausgaben als Reaktion auf außergewöhnliche Umstände wie den plötzlichen Einmarsch Russlands in der Ukraine, den Energiepreisschock oder einen möglichen Krieg erlaubt sie. Wie die Schweizer Finanzministerin bin ich aber der Meinung, dass Landesverteidigung eine staatliche Daueraufgabe ist. Entsprechend müssen wir auf der Ausgabenseite Prioritäten setzen. Genauso verhält es sich mit dem Ausbau und dem Erhalt der öffentlichen Infrastruktur. Wenn die Einnahmen nicht ausreichen, müssen Steuern erhöht werden.

Das will Finanzminister Lindner, den Sie beraten, nicht.

Feld: Höhere Steuern würden den Standort noch unattraktiver machen. Ich denke bei Steuern aber vor allem an Steuervergünstigungen. Man muss eben die Kraft haben, einzelne Haushaltsposten zu kürzen. Es ist Aufgabe des demokratischen Prozesses, das hinzubekommen. Dafür sind die Politikerinnen und Politiker gewählt. Man kann nicht alles, was einem lieb und teuer ist, über Schulden finanzieren.

Hat die Schuldenbremse noch eine Zukunft, Herr Landmann?

Landmann: Ich bin überzeugt, dass es nach der nächsten Bundestagswahl keinen Koalitionsvertrag geben wird, der nicht eine Reform der Schuldenbremse beinhaltet. Die Prioritätensetzung, zu der die Schuldenbremse zwingen soll, geschieht ja nicht. Prioritäten zu setzen, bedeutet immer, irgendjemandem wehtun zu müssen. Wenn wichtige Prioritäten kurzfristig sehr hohe Mittel erfordern, kann Kreditfinanzierung, mit Verstand eingesetzt, die Schmerzen über die Zeit strecken und die Lasten damit tragbar machen. Das versteht jeder Häuslebauer. Stattdessen sehen wir zu, wie unstrittig dringliche Prioritäten im Bereich der Investitionen und der Landesverteidigung an der Mauer zerschellen, die durch das Zusammenwirken der Schuldenbremse mit der Besitzstandswahrung der Klientelpolitiker aller Koalitionsparteien entstanden ist.

Barbara Schmidt und Bernd Kramer



Lars Feld FOTO: ANDREA SCHIFFNER

sicherheitspolitische Komponente mit. Europa müsse sich besser selber verteidigen können, wird da vor allem von französischer Seite propagiert. Wir werden aber weiterhin in Sachen Sicherheit von den Amerikanern abhängig sein. Es sind heute die USA, die Sicherheit für Europa liefern. Allerdings sind auch die Amerikaner auf die Europäer angewiesen. Wir haben technologisch und rüstungstechnisch einiges zu bieten.

Landmann: Dass sich Europa in der Verteidigung von den USA unabhängig macht, bleibt zwar in naher Zukunft utopisch. Aber die USA werden – wie die bevorstehenden Wahlen auch immer ausgehen mögen – auf die Dauer nicht bereit sein, die Last der

Lars P. Feld

Der Professor für Wirtschaftspolitik (Jahrgang 1966) an der Universität Freiburg leitet seit 2010 das Walter Eucken Institut. Im Jahr 2011 wurde der Finanzwissenschaftler Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – den Wirtschaftsweisen. Von März 2020 bis Februar 2021 war Feld Chef des wohl einflussreichsten Ökonomenzirkels in der Bundesrepublik. Seit Februar 2022 ist er Berater von FDP-Bundesfinanzminister Lindner.